

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

20.4.1869 (No. 92)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. April.

N. 92.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einkaufsgebühr: die gespaltene Beizeile oder deren Raum 5 kr.; Briefe und Gebete frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Telegramme.

† Darmstadt, 19. Apr. Der von dem Oberstaatsanwalt gegen die Freisprechung Bambergers und Genossen in Mainz eingelegte Kassationsreursus ist vom höchsten Tribunal verworfen worden.

† Florenz, 18. Apr. „Diritto“ meldet, daß die Unterhandlungen wegen des Verkaufs der Kirchengüter abgebrochen seien.

Im Widerspruch mit „Diritto“ meldet „Nazione“, daß der Finanzminister in der morgigen Darstellung der Finanzlage den erfolgten Abschluß der Operation über den Verkauf der Kirchengüter ankündigen werde.

† Madrid, 18. Apr. „Correspondencia“ stellt es in Abrede, daß der Finanzminister die Absicht habe, die Staatsschuld in eine einseitige sechsprozentige zu verwandeln und den Zins-Coupon zu kapitalisieren.

† Vissabon, 18. Apr. Die nach Namibia bestimmten Truppen revoltirten. Die Bewegung wurde unterdrückt. In Massira brachen ebenfalls Unruhen aus.

## Deutschland.

Karlsruhe, 19. Apr. Wir haben nachträglich mitzuthellen, daß Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl vor einigen Tagen, von seiner Reise zurückkehrend, dahier eingetroffen ist.

München, 17. Apr. Die Abgeordnete-Kammer lehnte bei der heutigen speziellen Beratung des Gesetzesentwurfs über die Verwaltungsgerichtsbarkeit den Artikel 1, welcher den Wirkungsbereich der Verwaltungsgerichte feststellt, mit 68 gegen 65 Stimmen ab; damit fiel das Gesetz selbst. Die Reichsrathskammer hat das Ausdehnungsgesetz für die Staatsbahnen nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhaus angenommen. Die Beratung über das Gesetz, die Ostbahnen betreffend, wird vertagt.

Berlin, 17. Apr. Sitzung des Reichstags vom 16. Apr. Der Minister-Zweitenleser Antrag, die Errichtung verantwortlicher Bundesministerien betr. Schluß. Nach dem Grafen Bismarck (— wir teilen seine Rede vollständig mit, s. u. —) ergreift der Abg. Schulze das Wort. Es handle sich, bemerkt er, nicht um Vertrauen oder Mißtrauen, sondern um eine notwendige konstitutionelle Garantie. Jetzt habe man eine nominelle, aber keine reelle Verantwortlichkeit; Niemand wisse, wenn der Bundeskanzler verantwortlich sei. Wenn der Reichstag die Grundlagen einseitlich und freihändiger Entwicklung zu schaffen sich bemühe, so gebe er dem Ausland eine bessere Garantie des Friedens, als durch das fortwährende Betonen der Nothwendigkeit der Abwehr nach außen.

Der Abg. Windthorst (Weppen) würde einen Stillstand in der Entwicklung der Bundesverhältnisse mit Freuden begrüßen, wenn man darunter verstände, einen Stillstand in weiterer Beschränkung der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Der Einheitsstaat, wie ihn Graf Münster verlange, wäre das Grad Deutschlands.

Groß. weimarischer Minister v. Bismarck: Das Resultat der Bundesgesetzgebung seit zwei Jahren liefert den Beweis für die Entwicklungsfähigkeit des Bundes. Man dürfe aber auch nicht verlangen, in solcher Zeit Alles erreichen zu wollen. Daß die Verfassung des Jahres 1867, das Schicksal der Verfassung von 1815 theilen könne, sei nicht zu fürchten; die Erfahrungen, die man von 1815 bis 1866 gemacht, ließen dies unmöglich erscheinen.

Abg. Laster: Der Antrag wolle nicht dem Kaiser Kollegen geben; die der Durchführung seiner Politik hinderlich seien, sondern Sachminister, die ihm die Lasten abnehmen. Die Gründe gegen ein kollektives Ministerium seien nur aus den mangelhaften konstitutionellen Verhältnissen Preußens hergeleitet; in England vererbe der Premierminister die Portefeuille. Es sei vollkommen anzuerkennen, was seit 1866 in der Bundesgesetzgebung geschehen sei. Gerade weil der Bund sich so gut und kräftig entfalte und einen so bedeutenden Theil des gesammten staatlichen Lebens umfasse, daß eine Person dies nicht mehr bewältigen könne, sei der Antrag gestellt worden, auf den man immer wieder zurückkommen werde, bis er durchgesetzt sei.

Graf Bismarck erwiederte, im Bundeskanzleramt seien die Einrichtungen ganz so, wie sie sich der Abg. Laster wünsche; es fehlten nur einige Ministerien, auf die komme es aber doch wohl nicht an. In der Sache selbst scheine also Einheit zu herrschen (Heiterkeit). Das Resultat der Abstimmung ist bereits mitgeteilt worden. Für den Antrag stimmten die Nationalliberalen, die Fortschrittspartei, ein Theil der Liberalen und Freiservativen und die Sozialdemokraten.

† Berlin, 17. Apr. In der heutigen vierzehnten Sitzung des Bundesraths, in welcher der Bundeskanzler präsidirte, wurden Ausschussberichte erstattet über die Vorlagen des Präsidiums, betreffend a) den Gesetzesentwurf über die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes, b) die Uebereinkunft mit der Schweiz wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen u. c) den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz.

Berlin, 18. Apr. Vorgestern Abend ist der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen aus Düsseldorf hier eingetroffen und hat im königl. Schlosse Wohnung genommen. — Zu Ende dieser Woche werden Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Karl von ihrer am 28. Dezember v. J. nach Nizza unternommenen Reise

hier wieder eintreffen. Die Kronprinzlichen Herrschaften siedeln am 26. April zum Sommeraufenthalt nach dem Neuen Palais bei Potsdam über.

Wie verlautet, wird im nächsten Herbst der nassauische Kommunallandtag wieder einberufen werden. Mit Unrecht findet ein Wiesbadener Blatt etwas sehr Auffälliges darin, daß zur Erledigung der Anträge der im vorigen Herbst versammelt gewesenen Stände noch kein förmlicher Landtags-Abschied erschienen sei. In den Organisationsgesetzen für die Kommunalländer der Regierungsbezirke Wiesbaden und Rastfel ist der Erlass von Landtags-Abschieden gar nicht vorgesehen. Dem Vernehmen nach bilden die Beschlüsse des nassauischen Landtags schon längere Zeit den Gegenstand eingehender Beratungen der Ministerien. Die Entscheidungen darüber sollen alsbald zu erwarten sein. Rheinische Blätter behaupten, der ständische Antrag wegen der Zusammenfassung des Landesauschusses zur Verwaltung des Kommunallandes habe keine Aussicht auf Annahme. Diese Behauptung wird hier als voreilig bezeichnet, und zwar mit dem Beifügen, daß im Ganzen den Beschlüssen der Wiesbadener Stände eine günstige Aufnahme zu Theil werde.

Am 22. d. Mts. wird hier die internationale Konferenz der Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger im Sitzungssaal des Abgeordnetenhaus eröffnet. Schon seit mehreren Tagen ist man eifrig damit beschäftigt, den Saal für die Verhandlungen der Konferenz zweckentsprechend einzurichten. Das Konferenzprogramm ist nunmehr fest, daß jedes Zentral-Komitee durch einen seiner Delegirten über die Hilfsvereins-Verhältnisse in seinem Lande mündlich vor der Versammlung und schriftlich für das Protokoll einen kurzen Bericht zu erstatten habe.

Berlin, 19. Apr. (Sch. M.) Bei der internationalen Konferenz der Vereine zur Pflege im Felde verwundeter Krieger werden vertreten sein: Rußland, Spanien, Türkei, Schweden. Dagegen werden nicht vertreten sein: Amerika, England, Frankreich.

Magdeburg, 15. Apr. Der General der Infanterie Hermann v. Bittenfeld, Gouverneur von Magdeburg, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt, und der Generalleutnant Fehr. v. Canstein, Kommandeur der 15. Division, zum Gouverneur von Magdeburg ernannt worden.

Königsberg, 16. Apr. Im Lauf des heutigen Tages haben neue Arbeiterverfammlungen stattgefunden, welche jedoch ohne jede Anheftung verliefen. Es wurden wiederholt Deputationen an den Oberbürgermeister abgesandt, welcher auf unbillige Forderungen, wie die gestern verlangte Ausweisung fremder Arbeiter u. nicht eingehen zu können erklärte.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Apr. (Fr. Z.) Weber aus Ungarn, noch aus Oesterreich ist etwas über die Feierlichkeiten zu Ehren des Jubiläums Kaiser Luise's IX. zu berichten. Nur die Bauern des Innthals in Tyrol zündeten Freudenfeuer auf den Bergen an. Daß die „guten“ Katholiken in Wien und anderwärts sich ganz still verhielten, erklärt das Organ des Kardinals Rauscher aus der Beforgnis, daß von der liberalen Presse aufgehobene Gerüchte“ werde jede Kundgebung für den hl. Vater durch eine unbillige Segendenkonfiration beantwortet. Der Deputation der katholischen Vereine Wiens erwiederte Monsignor Falcinelli: „In Folge meines langen Aufenthaltes in Wien fühle ich mich fast als Oesterreicher; ich leide mit euch und ich hoffe, mit euch zu siegen.“ Der diplomatische Vertreter des Papstes stellt sich als förmlich auf die Seite der hartnäckigen Gegner der oesterreichischen Staats-Grundgesetze. — Das Ministerium Laaffe-Giustra ist aus allerlei Rücksichten gegen die Einführung der obligatorischen Zivildienste. Da aber die oesterreichische Nothzivilwehr nur für Katholiken, Lutheraner, Calvinisten und Israeliten bestimmt ist, denen von ihren „Seldsorgern“ ungesetzliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, so konnten bisher die gesetzlich noch nicht anerkannten Religionsgesellschaften, z. B. Deutschkatholiken, Freigemeinder, Unitarier, keine rechtsgültige Ehe schließen und ihre Kinder wurden als illegitime betrachtet. Der Kultusminister v. Hasner hat nun endlich dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach welchem den Mitgliedern nicht anerkannter Religionsgesellschaften gestattet wird, die Eheschließung durch die Bezirkshauptmannschaften oder durch die Magisträte der Städte vornehmen zu lassen; diesen Behörden wird auch die Führung der bezüglichen Trauungs-, Geburts- und Sterberegister zugewiesen.

† Wien, 17. Apr. Abends. Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Grafen Taaffe, wodurch derselbe unter Befehlung als Landesverteidigungsminister zum Ministerpräsidenten ernannt wird. Die „Wien. Ztg.“ theilt mit, daß dieser Ernennung eingehende Erörterungen aller oberschwebenden politischen Fragen mit sämtlichen Kabinettsmitgliedern vorausgingen, welche eine vollständige Uebereinstimmung des Kabinetts herstellten.

† Wien, 17. Apr. Die Meldung von einer französisch-italienisch-oesterreichischen Expedition Rom's für die Dauer

des Konzils wurde hier mit dem größten Nachdruck widerlegt. Man macht nicht den Anspruch zu wissen, was Frankreich und Italien etwa beschließen haben oder beschließen werden, aber man ist darin ganz entschieden, daß Oesterreich in Rom Nichts zu suchen habe, als die Kurie zu bestimmen, sich mit den in Oesterreich vollzogenen Thatsachen abzufinden.

† Wien, 18. Apr. Der auf den 20. April einberufene ungarische Reichstag wird erst den 24. April vom Kaiser eröffnet werden. Der Hoffnung nicht nur, sondern der vollen Zuversicht, daß Europa und speziell die oesterreichisch-ungarische Monarchie fortfahren werde, sich der Segnungen des Friedens zu erfreuen und sich ungehindert den Arbeiten des Friedens zu widmen, wird in der Thronrede ein sehr entschiedener Ausdruck gegeben werden.

## Rumänien.

Bukarest, 15. Apr. In einer hiesigen Druckerei ward eine Proklamation in türkischer Sprache, an die türkischen Bulgaren gerichtet und unterzeichnet von dem Bulgaren-Anführer im Balkan, entdeckt. Der Minister des Innern hat weitere Nachforschungen angeordnet und den türkischen Gouverneur in Rustschuk in Kenntniß gesetzt.

Bukarest, 17. Apr. Zur Ausgleichung der Grenzstreitigkeiten zwischen Ungarn und Rumänien ist eine gemischte Kommission ernannt worden. — In Berücksichtigung der beabsichtigten Armeeverstärkung wird eine neue Volkszählung angeordnet. — Der Fürst ist nach Jassy abgereist.

## Schweiz.

Bern, 14. Apr. (Köln. Ztg.) Bekanntlich hatten die letzten Unterhandlungen über den Handelsvertrag zwischen der Schweiz und dem Zollverein den Art. 8 dieses Vertrages, resp. das von einigen Kantonen für geistige Getränke bezogene Dmgebid zum Gegenstand. Der Vertragsentwurf von 1868, wird jetzt aus offizieller Quelle berichtet, enthält in Art. 7 und 8 die Wiederholungen der Bestimmungen der Art. 9 und 10 des Vertrags mit Frankreich; aber da die deutschen Unterhändler von dem Gedanken ausgingen, daß Frankreich nach der französischen Redaction des Art. 10 das Recht habe, für seine Biere die Behandlung des schweizerischen Bieres anzusprechen, so verlangten sie, daß die gleiche Auslegung auch für den deutschen Vertrag gelten müßte, und schlugen eine andere Redaction vor, um das deutlich zu normiren. Das war die Ursache des damaligen Scheiterns des Entwurfes. Diesmal hat man die Schwierigkeit dadurch umgangen, daß man sich entschloß, in der früheren Fassung des Art. 10 die Worte „oder ausländische“ zu streichen und dem Schlußprotokoll folgende Erklärung beizufügen: „Schweizerischer Seite wird dabei verstanden und erklärt, daß der im Art. 1 des Vertrags aufgestellte Grundsatz der wechselseitigen Behandlung auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation auch hinsichtlich der in Art. 8 berührten Verbrauchssteuer Gültigkeit haben solle.“ Auf diese Weise ist die Befürchtung Deutschlands gehoben. Frankreich könnte möglicher Weise hinsichtlich der Bieereinführung bevorzugt werden. — In seiner letzten Sitzung hat sich der Bundesrath mit den jährlichen Beförderungen in dem eidgenössischen Generalstab beschäftigt. Sämmtliche bezügliche Vorschläge des Militärdepartements wurden genehmigt. Als neue eidgenössische Obersten wurden freit: W. Am Rhyn von Luzern, F. Munzinger von Olten, C. Gluz-Blasheim von Solothurn, Ch. Jonjallaz von Gully, D. v. Büren von Bern und A. v. Grechez von Bern; zu Kommandanten der ihrer Chefs erledigten dritten, fünften und neunten Division wurden ernannt: die Obersten Philippin von Neuenburg, Meyer von Bern und Schäfer von Solothurn. — Am 24. April werden die Lutmanier- und Simlon-Kantone in Lanjanne behufs Beratung der Alpenbahn-Frage zu einer Konferenz zusammentreten.

Zürich, 19. Apr. (Sch. M.) Die Abstimmung über die Verfassung ergab im Ganzen 34,173 annehmende, 22,223 verwerfende Stimmen. Die Bezirke Zürich, Meilen, Horgen, Affoltern verwarfen, die Stadt Zürich mit 1973 gegen 937. Winterthur nahm dagegen mit 1077 gegen 459 St. an. Bei der Minderheit ist weit mehr Wohlstand und Bildung, sie wird daher bald die Mehrheit sein. Ueberall herrschte musterhafte Ruhe und Ordnung.

## Italien.

Florenz, 16. Apr. Der Senator Alfieri di Sostegno ist gestorben. — Die „Corresp. italienne“ meldet, daß gestern ein Auslieferungsvertrag zwischen Italien und Belgien unterzeichnet worden ist. Die Abgeordnete-Kammer hat heute die Diskussion über Abschaffung des Gesetzes begonnen, welches die jungen Leute, die sich dem geistlichen Stand widmen, von dem Militärdienst freispricht. General Lamarmora hielt eine Rede zu Gunsten dieser Befreiung. General Menabrea, Ministerpräsident, erklärte, daß das Ministerium, indem es die Abschaffung dieser Befreiung vorschlägt, von keiner politischen Leidenschaft, sondern von den Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit geleitet wird.

† Florenz, 17. Apr. In gewöhnlich gut unterrichteten



Kreisen wird behauptet, daß bezüglich eines modus vivendi zwischen Italien und dem Kirchenstaat ein Uebereinkommen zu Stande gekommen sei. Frankreich hätte sich bereit erklärt, seine Truppen im Juni aus Rom zurückzuziehen.

„Italia finanziere“ meldet, daß der Finanzminister auf die beabsichtigte Operation hinsichtlich der Kirchengüter verzichtet habe, nachdem die Nationalbank der Regierung 100 Millionen vorstreckte. — Der Herzog von Aosta begibt sich nächstens nach Lissabon.

\* Rom, 17. Apr. Der Großfürst Vladimir von Rußland ist heute Morgen hier angekommen. Ebenso der Graf Girgenti, Bruder des Königs von Neapel, und die Gräfin Girgenti, Tochter der Königin Isabella.

### Frankreich.

\* Paris, 17. Apr. Geseh. Körper. Bei der Beratung des Budgets wiesen die Abg. Gellot, Buffet, Kolb-Bernard und Brame auf die nachtheiligen Wirkungen der französisch-englischen Handelsverträge für die Industrie der nördlichen Departemente hin. Minister Gressier antwortet der Kommission, welche mit der Untersuchung der Wirkungen der zeitweiligen Admissionen (admissions temporaires) betraut war. Wenn diese Admissionen die Ursache der Leiden sind, dann wird die Regierung dieselben beseitigen. Thiers verlangt eine parlamentarische Enquete. Poyer Duertier verlangt, man solle dem Lande das Recht zurückgeben, die Höhe des Zolltarifs zu bestimmen. Auch er verlangt Kündigung der Handelsverträge.

\* Paris, 17. Apr. Der Vertrag zwischen dem türkischen Bevollmächtigten Daoud-Pascha, der Gesellschaft der österr. Staatsbahn und Baron Hirsch, wodurch Letzterer die Ausführung des ganzen türkischen Bahnnetzes übertragen wird, ist heute unterzeichnet worden. Die österreichische Staatsbahngesellschaft übernimmt Verwaltung und Betrieb.

\* Paris, 17. Apr. Nach der „Patrie“ war die letzte, die französisch-belgische Angelegenheit betreffende Konferenz am Donnerstag lediglich der Vorlage des Ausgleichungsvertrags des Hrn. Frère-Orban gewidmet. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten soll beauftragt worden sein, seinerseits einen Entwurf zu machen, welcher die Ansichten der französischen Regierung enthält. Man werde später zusammentreten, um zu prüfen, ob es möglich ist, mittelst gegenseitiger Zugeständnisse die beiden Systeme zu nähern und zu einem Kompromiß zu gelangen.

Die Angaben der „France“ über die von den Hrn. Frère-Orban, Rouher, v. Lavalette und Gressier abgehaltene Konferenz weichen von denen der „Patrie“ bedeutend ab. Ihnen zufolge hätte die Diskussion mehrere Stunden gedauert und die Sache um einen bedeutenden Schritt vorwärts gebracht. Die Vorschläge des belgischen Ministers wären reiflich geprüft worden, und die französischen Minister hätten ihre Gegenvorschläge gemacht, über die Hr. Frère-Orban nach Brüssel referieren wollte.

Der Prinz und die Prinzessin Karl von Preußen wurden gestern um 2 Uhr in den Tuilerien mit dem gewöhnlichen Zeremoniel empfangen. Von den Tuilerien begaben sie sich zum Bringen Napoleon und zur Prinzessin Mathilde. Zwei Stunden später erwiderte der Prinz Napoleon dem Prinzen und der Prinzessin ihren Besuch. — Heute hielt der Kaiser wieder Reue auf dem Carouffelpfad ab. Die dritte Pariser Division, das Regiment der Garde de Paris, das Regiment der Pariser Feuerwehrmänner, zwei Artillerieregimenter und einige Abtheilungen Kavallerie und Verwaltungstruppen waren dort versammelt. — Rente 71.20, Cred. mob. 271.25, ital. Anl. 56.30.

### Belgien.

\* Brüssel, 16. Apr. Die „Indep. belge“ erhält aus Paris von gestern die Mittheilung, die Unterhandlungen über den französisch-belgischen Zwischenfall befänden sich in einer weniger befriedigenden Phase, als man bisher geglaubt; dem Vernehmen nach sei in Erwiderung auf den Entwurf des Hrn. Frère-Orban ein Gegenentwurf von den Hrn. Rouher, Gressier und Lavalette aufgestellt worden.

\* Brüssel, 16. Apr. Die „Indep. belge“ meldet: In den bei Mons belegenen Ortschaften haben die Arbeiter in Ruhe einen bedenklichen Charakter angenommen. Bei Camerics drohten die Arbeiter mit Zertrümmerung der Maschinen, bei Quaregnon haben sich 3000 feiernde Arbeiter zusammengetrotet.

\* Brüssel, 16. Apr. Kaum daß die Unruhen in der Umgegend von Lüttich gestillt sind, bricht dasselbe Unheil in den Kohlenbezirken von Mons aus. Aus Franceries wird von sehr ernstlichen Arbeiterunruhen berichtet, wobei das Militär angegriffen wurde und von der Feuerwaffe Gebrauch machen mußte, wobei zwei Tote und etwa ein Duzend Verwundete auf dem Platz blieben. Schon am Mittwoch hatten sich Arbeiterhaufen aus Quaregnon, Jemmapes und Cuesmes vereinigt und zogen an den verschiedenen Kohlenwerken herum, wo sie mit Gewalt die Einstellung der Arbeit erzwingen und die Arbeiter zum Theil zum Anschluß nöthigen. Die Behörden riefen sofort Truppen von Mons und von Löwen herbei. Am Donnerstag drang ein Haufen Arbeiter in Franceries ein, wies die Vorstellungen des Bürgermeisters mit Drohungen zurück und griff bei der Zech La Grappe die dort aufgestellten Soldaten von zwei Seiten an, so daß diese, wie gesagt, genöthigt waren, zu feuern. In allen Kohlenwerken zu Cuesmes, Jemmapes, Quaregnon, Franceries, Naturages und Wasmes ist die Arbeit eingestellt, meistens durch Zwang von Seiten der Aufständischen, welche das Feuer in den Maschinen auslöschten und die Arbeiter zwangen, die Gruben zu verlassen. Man erwartete übrigens in der Gegend von Mons einen Streik schon seit längerer Zeit, da die Kohlengehäufte sehr schlecht gehen. Man fürchtet sehr, daß auch im Revier von Charleroi Unruhen ausbrechen werden. Alle Berichte deuten an, daß die Arbeiterbewegung von der Association Internationale angezettelt worden ist, die u. A. auch zu Franceries am Sonntag eine stürmische Versammlung gehalten hat.

Ein Bataillon Infanterie ist heute Mittag von Brüssel nach dem Boringe abgegangen.

\* Brüssel, 17. Apr. Deputirtenkammer. Die Regierung erklärte, Frankreich habe niemals eine Zollvereinigung zwischen Frankreich und Belgien angeregt.

### Dänemark.

\* Kopenhagen, 18. Apr. Der Kriegsminister Naasloeff ist von Nordamerika hieher zurückgekehrt.

### Rußland und Polen.

\* St. Petersburg. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind am 12. d. M. in Sebastopol eingetroffen und am 15. d. M. von Yalta aus nach Konstantinopel wieder abgereist.

### Griechenland.

\* Athen, 17. Apr. Der König, der hieher von Korfu zurückgekehrt ist, wird den Prinzen und die Prinzessin von Wales empfangen.

### Großbritannien.

\* London, 17. Apr. Unterhausung vom 16. Apr.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Gladstone'schen Kirchenbill. Erster Redner dagegen war Disraeli. Sein Angriff war gegen den zweiten Abschnitt gerichtet, worin die Losrennung der irischen Kirchengemeinde von der englischen Staatskirche ausgesprochen wird. Der Führer der Opposition betonte namentlich die Vortheile, welche dem irischen Zweig der kirchlichen Kirche durch Beibehaltung des Zusammenhanges bezüglich der Lehre des Gottesdienstes, der Disziplin und Regierung erwachsen würden, und führte aus, die Bill könne auch ohne diesen Abschnitt vollkommen zur Ausführung gelangen und doch dabei der Art. 6 der Vereinigungssakte mit England und die Königl. Suprematie gewahrt bleiben. Durch die Erwählung der letzten beiden Punkte spielte die Entscheidung auf den Rechtsboden hinüber und der Attorney-General rückte zuerst in die Schranken und stellte zunächst auf, durch Abschaffung der irischen Staatskirche als solcher nehme die anglikanische Gemeinde in Irland den Charakter einer freien Gemeinschaft an und das Parlament habe alsdann keine Gewalt mehr über ihre Lehre, noch ihren Gottesdienst. Die Königl. Suprematie bleibe nach wie vor bestehen, denn dieselbe erstrecke sich ja über alle religiösen Gemeinschaften, allerdings mit dem Unterschied, daß vor die weltlichen Gerichte die Entscheidung von Angelegenheiten verwiesen werde, die man vor geistliche Gerichte bringe, wenn eine Staatskirche ein solches Tribunal möglich mache. Der ehemalige konservative Attorney-General für Irland, Dr. Ball, und Hr. Walpole wollten zwischen einer des staatskirchlichen Charakters entkleideten irischen Kirche und den übrigen Religionsgesellschaften hinsichtlich der Suprematie eine Scheidelinie gezogen wissen, doch Sir Ronald Palmer hielt an dem Grundsatze fest, wenn die Königl. Suprematie bei einer Staatskirche mehr bedeute als bei einer andern Gemeinschaft, so liege das nur an den besondern Vorrechten, mit welchen die Staatskirche ausgestattet sei. Ziehe man diese zurück, so trete der allgemeine Zustand der Freiheit und Selbstregierung wieder ein und es sei ein schlechter Dienst, den man der Kirche leiste, wenn man ihr diese Unabhängigkeit nehmen wolle.

Noch traten verschiedene Redner auf; dann nahm der Premier das Wort, stellte erst den Begriff der Königl. Suprematie klar und sagte dann das Amendement Disraeli's ins Auge, um zu zeigen, daß es zwar ein unschuldiges Aussehen habe, aber doch die Bill in ihrem wesentlichen Punkte treffe. Der Führer der Opposition erhob sich darauf abermals, verurtheilte die Kirchenbill als eine der verderblichsten Maßregeln, die zu seiner Zeit in das Haus gebracht worden seien, sprach von Zerstückung und Kirchenraub und wendete die Begeisterung seiner Anhänger durch die Erklärung, er glaube nicht, daß je dem Lande etwas Unheilvolleres widerfahren könne als die Ausführung der Gladstone'schen Vorschläge. Am Schluß baute der Redner eine wirkungsvolle Apokalypse auf, die auf der Annahme ruhte, Gladstone's Politik bezwecke, „Allen jene religiöse Freiheit zu sichern, welche das Recht jeder christlichen Genossenschaft im Lande sei.“ Der Premier brach indessen diesem berechneten Schluß unmittelbar darauf unter dem Beifall und Gelächter der Liberalen die Spitze ab, mit der Bemerkung, er habe gesagt, jeder christlichen Genossenschaft, die sich von ihren eigenen Mitteln und Beiträgen unterhalte. — Die darauf vorgenommene Abstimmung entschied mit 344 gegen 221 Stimmen (Majorität 123) gegen Disraeli's Amendement und für Beibehaltung des Abschnitts 2.

### Amerika.

\* Washington, 17. Apr. Der Präsident hat den Negers Bajet zum Gesandten in Haiti ernannt.

\* Lissabon, 16. Apr. (Paraguayische Quelle.) Der „Extremadura“, welcher Rio Janeiro am 24. März verlassen hat, bringt folgende Nachrichten vom Kriegsschauplatz: Der Marschall Lopez ist unermüdet thätig, seine Armee bei Ascurra zu reorganisiren, wo er mit 7000 Mann eine feste Stellung bezogen hat. Leichte paraguayische Truppen beunruhigen fortwährend die feindlichen Vorposten. Die Verbündeten verbleiben in Assumpcion in vollständiger Unthätigkeit. Die Beziehungen zwischen der argentinischen Republik und Brasilien werden immer schwieriger.

\* Rio de Janeiro, 24. März. (Per „Extremadura“.) Der Graf von Eu ist zum Oberbefehlshaber der brasilianischen Armee in Paraguay ernannt worden. Die Generale Baron du Herval und Polydoro begleiten ihn. Der argentinische Diplomat, der zur Errichtung einer provisorischen Regierung in Paraguay mitwirken soll, ist noch nicht nach Assumpcion abgegangen. Der Marquis Carlos ist zur Herzogswürde erhoben worden. Der amerikanische Gesandte Webb ist hier zurückgekehrt.

### Graf Bismarck über verantwortliche Bundesministerien.

Die Rede, welche Graf Bismarck in der Debatte über den Minister-Zweifel'schen Antrag auf Errichtung verantwortlicher Bundesministerien gehalten hat (Vgl. letz. Bl. der

„Karlstr. Ztg.“ u. o.) ist nach verschiedenen Seiten hin politisch so bedeutend, daß wir dieselbe im vollständigen Wortlaut glauben nachtragen zu sollen. Dieselbe lautet nach Berliner Blättern mit Weglassung der Eingangsworte:

Ich habe, als ich diesen Antrag zuerst geleien, einige Schwierigkeiten empfunden, mir ein Bild von seiner Tragweite zu machen. Der erste Eindruck, den ich davon hatte, war der eines ganz entschiedenen Mißtrauensvotums gegen sämtliche Organe des Norddeutschen Bundes — mit alleiniger Ausnahme des Reichstags; wenn ich die Unterschriften aber las, so war es mir bei manchem Namen doch schwer zu glauben, daß dieses Mißtrauen, sei es mir gegenüber, sei es dem Präsidium, sei es dem Bundesrat gegenüber, alle die Herren Unterzeichner besetzt haben sollte. Ich fand Viele darunter, mit denen ich mir bewußt gewesen bin, in voller Uebereinstimmung an dem Werke der Verfassung gearbeitet zu haben, Viele, deren Vertrauen nicht nur persönlich, sondern auch als Träger einer der bundesverfassungsmäßigen Institutionen, des Bundeskanzler-Amtes, zu besitzen ich mir schmeichelte. Auf der andern Seite wiederum konnte ich mir doch nicht denken, daß ein Antrag, der in vier Zeilen, ohne alle Motive, so wesentliche und tiefgreifende Veränderungen des Bundes erstrebte, aus etwas Anderem hervorgegangen sein könnte, als aus einem starken Gefühl der Unzufriedenheit mit Dem, was besteht, dem Gefühl der Unzufriedenheit mit den bisherigen Leistungen, welche die vor zwei Jahren vereinbarten Institutionen geschaffen haben, namentlich aus dem Gefühl der Unzufriedenheit auch mit der Thätigkeit des Bundeskanzlers, weil ich sonst wohl hätte voraussetzen dürfen, daß unter den 102 Unterzeichnern sich doch vielleicht Einer gefunden hätte, der mich der Ehre werth gehalten hätte, meine Ansicht in der Sache zu erforschen, da es sich um die theilweise Vernichtung eines Werkes handelte, an dessen Herstellung ich mit so vielen dieser Herren gemeinschaftlich gearbeitet hatte, und da ich von vielen der Herren glaube, mich ihres persönlichen Vertrauens erfreuen zu dürfen. Der Text des Antrags, der ja für so einleuchtend gehalten worden ist, für ein so natürliches Ergebnis der allgemeinen Stimmung, daß ihm eine Motivierung gar nicht beigefügt worden ist — der Text des Antrags brachte mich doch immer wieder auf das Gefühl des Mißtrauens, der Unzufriedenheit, welches die Antragsteller besetzt, zurück, und auch selbst die heutigen Vertrauensvoten, die ich von der Tribüne gehört habe, haben mich kalt gelassen, da ich sie mit der Tendenz des Antrags nicht zu vereinbaren vermag. Aus dem Antrag läßt immer wieder das kurze und energielose Wort (welches ich als ein Vertrauensvotum doch nicht charakterisiren konnte) eines unferer Mitarbeiter, des damaligen Abgeordneten für Hagen, hervor: Fort mit diesem Ministerium! Fort mit diesem Kautler! — nicht mit mir als Fleisch und Bein, ich will es so nicht aussagen, aber als Institution. Diese Tendenz des Antrags vermag keine Versicherung, die mir gegeben werden könnte, wegzuwaschen.

Ich war zweifelhaft, wie weit die politische Bedeutung des Antrags sich erstrecken sollte; ich hätte deshalb gern gesehen, wenn die Herren Antragsteller die Mühe, diesen Antrag in ein Geheiß zu formuliren, nicht dem Bundeskanzler überlassen, sondern selbst die Verfassungsänderungen entworfen und gesagt hätten, wie beantragen, daß die Verfassung dahin abgeändert werde, daß Artikel 30 und 31 künftig so und so laute, daß der Artikel, welcher die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers bestimmt, aufgehoben werde. Eine solche Formulierung würde von Hause aus einen klareren Einblick in die Tendenz des Antrags gewährt haben, und es wäre dann, wenn auch vielleicht eine Minderzahl von Unterschriften auf diese Weise erreicht worden wäre, dem Antrag an sich das Verdienst der Klarheit doch nicht abzuzprechen sein. Ich habe ausdrückliche erwartet, bis die Herren Antragsteller und einige andere Herren gesprochen hätten, um mir darüber klar zu werden, bis wie weit die politische Tendenz geht. Es ist dies auch nach den Rednern, die wir heute gehört haben, außerordentlich schwierig zu erkennen, und selbst wenn das Publikum die Reden der Herren Antragsteller, die heute gesprochen haben, liest, so glaube ich, daß selbst Kenner der Bundesverfassung nicht mit voller Sicherheit sagen können, was die Herren wollen und wie weit sie gehen.

Der erste Redner, der Abgeordnete Twesten, hat die Wichtigkeit des Antrages äußerlich in Vergleich mit seinem Nachredner, dem Grafen Münster, erheblich abzuschwächen gesucht; ich glaube aber doch, daß sie in ihrer Auffassung auf dasselbe hinauskommen. Der Abgeordnete Twesten hat die Unträglichkeit des jetzigen Zustandes in besonders starken Farben gezeichnet, und deshalb meine ich, daß er den Charakter des Mißtrauensvotums gegen den gegenwärtigen Zustand durchaus aufrecht erhalten hat. Er sprach von einem Chaos, in dem wir lebten, von chaotischen Zuständen, deren üble Folgen, wie er anzunehmen schien, mit Mühe niedergehalten würden durch eine Diktatur, in der wir lebten. Der glückliche Träger dieser Diktatur scheint ich zu sein. Ich habe mich über den Vorwurf, der darin liegen könnte, schon etwas beruhigt durch eine Aeußerung des Hrn. v. Unruh, der mir empfahl, die Parlamente, welche der Diktatur nicht folgten, nicht als solche zu beurtheilen, die nicht mit mir denselben Zweck folgten. Ich bin weit entfernt davon, ich gebe das zurück; beurtheilen Sie den Bundeskanzler, der nicht mit Ihnen einverstanden ist, nicht als das Gegenstück wörend von Dem, was Sie wollen, sondern er will es nur auf einem anderen Wege, und wenn ich aufhören wollte, gegen Ihren Widerspruch in irgend einer Weise ernstlich zu reagieren, so müßten Sie daraus schließen, daß er mir gleichgültig wäre, und ich glaube, Sie sollten es günstig aufnehmen, wenn er das niemals ist. Zur Beseitigung dieses Chaos, zur Abschaffung der Diktatur, hat auch der Abg. Twesten, so sehr er den Stachel des Antrags zu verhüllen suchte, kein anderes Mittel, als verantwortliche Ministerien, verantwortlich bloß für Dasjenige, wofür der Bundeskanzler bisher verantwortlich ist: für die Handlungen des Präsidiums, das würde schwerlich ausreichen. Der Abg. v. Mandenburg hat schon auseinandergesetzt, daß es sich doch wohl um die Verantwortlichkeit für die Geschäfte des Bundesrats handelt, indem sonst nur eine schmale Basis für die Stellung des verantwortlichen Bundes-Ministeriums übrig bleibt; ein weiteres Gebiet, auf dem diese Verantwortlichkeit praktisch geübt werden kann, wäre nur durch Einschränkung des Gebietes des Bundesrats herzustellen. Bisher wird die Stelle solcher Bundesminister nicht, wie man fälschlich gewöhnlich annimmt, vom Bundeskanzler versehen, sondern von den Ausschüssen des Bundesrats. Unser Finanzminister ist der Finanzausschuß des Bundesrats; nach Anleitung dieses Ausschusses läßt der Bundesrat die Kontrolle über die finanzielle Gehahrung und übt sie, wie ich glaube, mit voller Sicherheit. Wenn der Antrag in seiner Fassung glauben lassen könnte, daß geordnete Zustände der Verwaltung — jetzt nicht bestehen (es heißt in dem Antrage, „den Bundeskanzler aufzufordern, eine geordnete Aufsicht und Verwaltung auf gesetzlichem Wege herbeizuführen“), so möchte ich die Herren einladen, sich durch Revision aller Kassen, Bücher, Bureaus davon zu überzeugen, und sie würden die Gewißheit erlangen, daß Sie



in dem geordnetsten Zustande von der Welt leben, in einem Zustande nicht bloß kontrollirt durch die preussische Oberrechnungskammer, sondern kontrollirt durch die Vertreter sämtlicher 21 Regierungen, die außer Preußen den Bund bilden, und durch sehr wohl berathene Vertreter.

In gleicher Weise wird die kriegsministerielle Thätigkeit durch den Militär-Ausschuß des Bundesraths geleitet, an dessen Spitze sich der preussische Kriegsminister befindet, und der seine bundeskriegsministeriellen Verfügungen, abgesehen von den preussischen, nicht in der Eigenschaft des Kriegsministers, sondern in der Eigenschaft des Vorsitzenden dieses Ausschusses zeichnet und an die Bundesgenossen abgeben läßt. So haben wir unseren Rechnungsausschuß, unseren Handelsausschuß. Alle diese Organe, die dadurch hergestellt worden sind, daß den Regierungen eine ihrer Souveränität und ihren verfassungsmäßigen Rechten entsprechende Stellung und Mitwirkung im Bundesrathe angewiesen ist, würden nach diesem Antrage bei seiner Durchführung überflüssig werden, eben so überflüssig würde das ganze Bundeskanzleramt werden, was einem kollegialischen Ministerium doch nicht untergeben gedacht werden könnte; ich entnehme aus dem Antrage, Sie wollen dasselbe in seine einzelnen Bestandtheile zerlegen und diese einzelnen Bureaus zu mit dem Kanzler gleichberechtigten Ministerien machen. Ich komme auf diese Frage und meine Stellung dazu nachher; einstweilen möchte ich doch nur gegen das allgemeine Misstrauensvotum, welches im Antrage liegt, die Bundesregierungen in Schutz nehmen; nicht bloß vom verfassungsmäßigen Standpunkte, obwohl auch der geltend gemacht zu werden verdient, indem die Bundesverfassung in ihrer ersten Basis auf Staatsverträgen beruht, von deren Geist man glaubt hat, daß sie durchdrungen bleiben würde. Nun ist zwar dieser Antrag (und selbst wenn er noch weiter ginge) ein formell verfassungsmäßiger, das befreite ich ihm nicht; es würde auch ein formell verfassungsmäßiger Antrag sein, wenn beispielsweise im amerikanischen Kongreß der Antrag gestellt würde, den Senat abzuschaffen, die einzelnen Staaten in ihrer Stellung zur Union zu beschränken und den Präsidenten zum erblichen Monarchen zu erklären; es würde auch ein verfassungsmäßiger Antrag sein, wenn im preussischen Landtage der umgekehrte Antrag auf verfassungsmäßige Abschaffung der erblichen Monarchie, Aenderung der Verfassung nach dieser Richtung gestellt würde; nichtsdestoweniger würden beide Anträge in den Verfassungen, in denen sie gestellt würden, ein gewisses Befremden der Beteiligten erregen, und man würde sie mit dem Geiste der Verfassung wohl schwerlich verträglich finden.

Ich will diesen Antrag nicht auf gleiche Linie stellen; er geht nicht so weit, ich führe nur die Analogie an, wie weit man auf diesem verfassungsmäßigen Wege kommen kann, vielleicht ja auch kommt, denn Alles ist provisorisch in der Welt. Die Frage drängt sich mir nur auf: wodurch haben die Bundesregierungen dieses Lobesurtheil für ihre berechnete, verfassungsmäßige Mitwirkung im Bunde verdient? Haben sie etwa ihre Stellung partikularistisch gemißbraucht? Haben sie sich der Mitwirkung entzogen? Haben sie einen unberechtigten Widerspruch hartnäckig geübt? — Haben sie nicht im Gegentheil sich mit voller Hingebung, mit patriotischer Hingebung an dem gemeinsamen Werke betheiligt? Sollen sie dafür gestraft werden, indem man ihnen die Berechtigung, die sie zwei Jahre hindurch zum Vortheil des Bundes und alle Anerkennung verdient geübt haben, nunmehr schmälert und entzieht? — Meine Herren, dazu verlangen Sie nicht, daß ich als Bundeskanzler jemals die Hand biete! Sie sind gewiß eifersüchtig auf Ihre verfassungsmäßigen Rechte, und ein ähnlicher Antrag auf Schmälerung der Rechte des Reichstags, wie sie hier in Bezug auf die Rechte des Bundesraths beabsichtigt wird, würde einen Sturm der Entrüstung erregen, gegen die die schärfste Abwehr der Mitglieder des Bundesraths gar keinen Vergleich aushalten würde. Seien Sie gegen die Rechte Anderer, die mit Ihnen zu wirken beabsichtigen, ebenso gewissenhaft: gegen die Rechte des Präsidiums und seines Kanzlers!

Das allgemeine Misstrauen, welches diesen Antrag durchweht, beschränkt sich nicht auf Norddeutschland, es ist mit einer ganz scharfen Spitze gegen die süddeutschen Regierungen gerichtet; es bedeutet nach Süddeutschland hin so viel, als wenn man sagen wollte: auf euch rechnen wir so wie so nicht mehr, wir schließen unser norddeutsches Staatswesen ab, ohne weiter auf euch zu warten. Denn es kann doch Niemanden entgehen, wie entgegengesetzt die Strömungen im Süden und im Norden fließen: der Süden ist vermöge seiner Stammeigentümlichkeiten, vermöge seiner Stellung in der früheren Reichsverfassung durch und durch partikularistisch und konservativ; wir sind ihm nicht nur zu liberal, wir sind ihm zu national, also im Ganzen zu national-liberal. (Fortf. folgt)

#### Vermischte Nachrichten.

— Gegen Döllinger, den berühmten Eistheoretiker von St. Cajetan in München, zieht jetzt die ultramontane Presse in Deutschland scharf zu Felde. Neulich hielt Döllinger im Münchener Herrenhaufe eine Rede über Mutterpflichten; dieselbe wurde ihm sehr feil genommen. Nun aber wirft man ihm gar vor, den dogmatischen Bruch mit der katholischen Kirche vollzogen zu haben. In der „Allg. Ztg.“ erschienen nämlich fünf Artikel über das bevorstehende Konzil, die man ihm zuschreibt und die in Rom konstatirt wurden. Es soll eine Untersuchung gegen Döllinger bereits im Gange sein.

— München, 17. Apr. (Bayr. Bl.) Zum ordentlichen Professor der Physik an der Universität Erlangen ist der Professor an der landwirthschaftl. Akademie in Hohenheim, Eugen Lommel, ernannt.

— Frankfurt, 18. Apr. In Betreff der von hiesigen Blättern gebrachten Mittheilung, daß bei dem jüngsten Quartalswechsel die Pensionen der ehemaligen Senatoren und sonstigen Staatsbeamten der freien Stadt Frankfurt nicht am 1. d. M. ausgezahlt worden seien, erfährt das „Fr. Tagblatt“, daß seit kurzem mit officiellen Artikeln unterstützt wird (man sagt, die Regierung habe das Blatt für 12,000 Thaler gekauft und beabsichtige, dasselbe in eine große Zeitung umzugestalten), daß allerdings zwischen der hiesigen Königl. Kreisasse und der Königl. Regierung in Wiesbaden ein Schriftwechsel stattgefunden hat, in Folge dessen die Auszahlung verzögert worden ist, da nur in Bezug auf diejenigen Pensionen, welche vor Emanation der Verordnung vom 6. Mai 1867 bereits festgestellt waren, die früheren Frankfurter Bestimmungen der vierteljährigen Vorauszahlung Anwendung finden, dagegen die Zahlung aller späteren Pensionen in monatlichen Raten pränumerando erfolge. Nachdem der Sachverhalt zu Gunsten der Betroffenen festgestellt worden, hat nimmere am 6. d. M. die Königl. Regierung die Weisung erteilt, daß die bezüglichen Pensionen wie bisher in Quartallraten pränumerando zu erfolgen haben. „So bedauerlich die Verzögerung ist“, fügt das Blatt Obigem hinzu, „so verdient die Sache doch gewiß nicht den Rumor, der davon gemacht

wird.“ — Die hiesige Methodisten-Gemeinde hat ein theologisches Methodisten-Seminar errichtet.

— Hannover, 14. Apr. In einer hiesigen Wagenfabrik und auf einer in der Nähe befindlichen Saline, Gießerei, sind Arbeitseinstellungen erfolgt, von im Ganzen etwa 200 Arbeitern. Die Arbeiter der Salinen fordern nur Lohnerhöhung, die der Fabrik stellen das Verlangen, die Arbeitszeit von 12 auf 10 $\frac{1}{2}$  Stunden herabgesetzt und den Lohn, der nach den verschiedenen betheiligten Gewerben ein verschiedener ist, erhöht zu sehen. In beiden Fällen sind Lassaleaner die Führer der betreffenden Arbeiter. Die Arbeiter der Reine'schen Wagenfabrik haben beschlossen abzuwarten, bis der Eigentümer der Fabrik, der Unterhandlungen mit der Kommission der Arbeiter abgelehnt, ihnen wieder Anerbietungen macht.

— Wien, 16. Apr. (Wien. Bl.) Der Kaiser hat den Bau einer neuen „Radeky's“ zu benennenden Schraubenschiffes von 3000 Tonnen Gehalt, 500 Pferdekraft und 12 Stück 7zölligen Armstrongkanonen genehmigt. — Ferner hat der Kaiser die definitive Anstellung des Dr. Franz v. Dingeldey als artifizischer Direktor des Hof-Operntheaters und des Hrn. August Wolff als artifizischer Direktor des Hof-Burgtheaters genehmigt.

— Wien, 16. Apr. Man schreibt dem „Fr. Journ.“: Für Wien beginnt eine Periode großartiger Bauten. Mit der Wasserleitung aus dem Alpengebiet und mit der Donauregulierung wird jetzt Ernst gemacht. Die Oberleitung der letzteren soll dem badiischen Oberbauath Serauer, dessen Gutachten mit dem des englischen Wasserbauingenieurs Abnerethy gegen die französischen und preussischen Techniker siegte, übertragen werden. Ferner ist beschlossen worden, auf den bisherigen Paradeplatz in der Nähe der Kaiserl. Hofburg das Parlamentsgebäude, das Univeritätsgebäude und das Rathhaus zu errichten. Nicht weit von diesen wird sich der neue Börsepalast erheben.

— London, 17. Apr. Nachrichten aus Zanibar von Anfang Januar melden, daß der berühmte Afrika-Reisende Livingstone nach England zurückgekehrt sei.

— (Velocepede.) Paris ist in Gefahr, daß London ihm „per Velocepede“ den Rang abläuft. Es ist erst kurze Zeit, daß dieser Siebenmeilenstiefel den Sprung über den Kanal gemacht hat. In allen vier Himmelsgegenden der Hauptstadt besetzen aber bereits besondere Schulen für die neue Schnellfahne, in denen Knaben, Jünglinge und Männer dem neumodischen Sport nachgehen. Schon werden die mannigfaltigen Verzerrungen an ihnen angebracht; so wird die Leichnam häufig auf polirtem Stahl und deren Griff aus Eisen befestigt; und noch vor Ende der Saison — so glaubt man — wird der Vurus so weit gehen, daß man zu edlen Metallen greift.

#### Badische Chronik.

— Karlsruhe, 19. Apr. Als einen Beweis dafür, welches Vertrauen die Finanzen der Stadt Karlsruhe genießen, theilen wir mit, daß die Zeichnungen auf die erste Quote der erst vorgestern von ihr zur Subskription ausgeschriebenen hundertprozentigen Gaswerk-Anleihe im Betrag von 150,000 fl. diese Summe schon alsbald nach erfolgter Auflage der Liste bedeutend überschritten haben und Reductionen eintreten müßten.

— Karlsruhe, 19. Apr. Ein Eisenbahnkassner Namens Dahm ist gestern bei Bedienung des ersten von Offenburg landabwärts gehenden Zuges in der Nähe von Doss vom Wagen gefallen, unter die Räder gekommen und augenblicklich getödtet worden. Demselben war wenige Tage zuvor, seinem Wunsch entsprechend, eine Bureauabienersstelle übertragen worden.

— Karlsruhe, 19. Apr. Ueber die Murgthal-Eisenbahn (Kastell-Obernach) ist ein Bericht des Verwaltungsraths an die am 30. d. M. stattfindende Generalversammlung erschienen, dem wir folgende interessante Notizen entnehmen.

Schon vor ungefähr 10 Jahren regten sich die ersten Bestrebungen, eine Eisenbahn durch das Murgthal zu erhalten; nachdem aber die Bemühungen für eine Staatsbahn erfolglos waren, wurden im Jahr 1863 die Vorarbeiten zur Errichtung einer Privatbahn auf Aktin begonnen und der technische Theil dieser Arbeiten dem Hrn. Professor Baumeister an hiesiger Polytechnischen Schule übertragen. Nach Ueberwindung von mancherlei Hindernissen war das Unternehmen endlich so weit gefördert und geblieben, daß man zur Ausführung hätte schreiten können, da bereitete das Jahr 1866 wieder diese günstigen Aussichten. Doch sobald die Zeitumstände es gestatteten, wurden die Arbeiten wieder aufgenommen; es erfolgte unterm 17. April 1867 der die Konzession enthaltende Staatsministerialerlaß, und nach vielfältigen Geschäften und Schwierigkeiten, hauptsächlich veranlaßt durch die Aufbringung des Aktienkapitals, die Erwerbung der Güter u. dgl., ward endlich am 19. August v. J. bei Kuppenheim der erste Spatenstich getan.

Es scheint jedoch nach Inhalt des Berichts die Ausführung dieses für das Murgthal so segensreichen Unternehmens von einzelnen Gemeinden und von manchen Güterbesitzern keineswegs gefördert worden zu sein, und sind dormalen noch 23 Prozesse gegen solche Güterbesitzer anhängig. Der ursprüngliche, auf 616,000 fl. berechnete Bauvoranschlag mußte auf Grund der abgeschlossenen Verträge über Güterkäufe, Bauarbeiten und Lieferungen neu aufgestellt werden, hat aber in der Gesamtsumme keine Aenderung erlitten, da der Mehraufwand für die Gütererwerbungen und Kunstbauten wieder vollkommen gedeckt ist durch die Ersparnisse an dem Oberbau, den Hochbauten und der Bahnbezeichnung.

Der diesen Bericht liest und wer — wie Referent — die Geschichte der Entstehung und der Ausführung dieser, auch für uns Karlsruher sehr interessanten Eisenbahn kennt, der kann der Ausbauer, Umstichter und Thatsächter, mit welcher sowohl der Verwaltungsrath, als auch der technische Leiter des Baues ihren umfangreichen und mühsamen Arbeiten sich unterzogen, die vollkommene Anerkennung nicht verweigern, und wird in den Wunsch am Schluß des Berichts einstimmen: „daß die Eröffnung der Bahn, welche am 1. Juni d. J. stattfinden dürfte, Alle zu fröhlichem Feste vereinigen möge.“

— Der 18 Jahre alte Polizeihilfe Baumert zu Philippsburg, welcher wegen allmählicher Unerfischung von ungefähr 600 fl. Jahresdienst entlassen worden, benützte den Umstand, daß gerade am letzten Tage seiner Dienstführung beträchtliche Summen durch seine Hand gingen, um mit 1045 fl. das Weite zu suchen. Bis Speyer, wo B. sich einen neuen Anzug kaufte, hat man seine Spur gefunden; die weitere Verfolgung ist bis jetzt resultatlos geblieben.

— Mannheim, im Apr. (N. B. L.) Die Bglinge des Landes-Blindeninstituts in Wiesheim werden in den Markttagen unterm

Kaufhaus, Polizeiseite, einen Bazar zunächst in Flechtwaaren eröffnen. Der Verkauf wird durch Damen des hiesigen Frauenvereins geleitet. Der Erlös fällt in die Sparbüchsen der armen Blinden.

— Mannheim, 17. Apr. Hr. Stadtschreiber Dr. Schellenberg hielt gestern Abend im Auftrag des Protestantenvereins in der Aula einen nahezu zweistündigen, mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Vortrag über den Propheeten Jesaias.

— Mannheim, 17. Apr. (Fr. Z.) Zum Zweck des Austauschens und der Niederlegung der Ratifikationsurkunden der neuen Rhein-Schiffahrtsakte vom 17. Okt. 1868 im Archiv der Zentralkommission haben sich der Geh. Rath Dr. Diez für Baden, der Staatsrath v. Weber für Bayern, der Generalkonful Gbyp für Frankreich, der Geheimrath und Provinzialdirektor Schmitt für Hessen, der Generalkonful v. Menton-Bale für Niederland und der Geh. Oberregierungsath Herzog für Preußen heute hier eingefunden. Da bei dieser Veranlassung noch einzelne andere Angelegenheiten der Zentralkommission erledigt werden sollen, so wird die heute eröffnete außerordentliche Session derselben voraussichtlich bis Ende der nächsten Woche dauern.

— Aus dem Kleitgau, 17. Apr. Gestatten Sie mir, vom südlichsten Vorposten des Großherzogthums Ihnen ebenfalls einige Mittheilungen für Ihre Chronik zu übersenden. Sie mögen den Beweis liefern, daß man auch hier in die Bahn des Fortschritts einlenkt, welche anderwärts im badischen Land in neuerer Zeit nach so vielfachen Richtungen hin eingeschlagen worden ist. Vor Allem ist zu berichten, daß der Amstort Zestelen durch die Wahl des Zieglermeisters Karl Ott zum Bürgermeister einen entschiedenen glücklichen Griff gethan hat. Als Kassier des Vorpostenvereins, der schon im zweiten Jahre seiner Gründung einen Umsatz von 350,000 fl. zeigt, berechtigt Hr. Ott nach seiner korrekten Buch- und Kassensführung zu der Hoffnung, daß er ebenso in seiner Gemeinde Dromung zu halten verfehlen werde, und außerdem daß man ihn nach seiner politischen Anschauung der national-liberalen Partei beizählen. — Seit Oetern ist es ferner dem Zesteler Frauenverein gelungen, eine Kleinkinderschule daselbst ins Leben zu rufen, in welcher gleich anfänglich 36 Kinder eingeführt wurden. — Sodann hat man seit einem halben Jahr überall im Bezirk sich einer rationalen Reform des landwirthschaftlichen Betriebs dadurch zugewendet, daß man unternommen hat, bzw. noch damit umgibt, in den Gemartungen eine verbesserte Feldbeimteilung einzuführen mit Feldwegen zu jedem Grundstück und Verlegung, sowie Zusammenlegung von Grundstücken, soweit dies nöthig erscheint. Bis jetzt beträgt die Zahl der Morgen badischen Maßes, auf welche sich diese Unternehmungen in 8 Gemartungen erstrecken, über 6000, die Zahl der Grundstücke, sowie der betheiligten Eigentümer über 10,000 und der Betrag der betreffenden Steuerkapitalien 1,102,000 Gulden.

Die landwirthschaftl. Winterschule in Waldshut, welche zu Anfang des verflossenen Winters erstmals eröffnet wurde, ist wesentlich durch den landwirthschaftlichen Bezirksverein Zestelen mit Jünglingen versehen worden (8 unter 18 aus den 5 Kemtern des Kreises), da dieser Verein für den Besuch der Schule von Schülern aus dem Bezirk 6 Prämien im Gesamtbetrag von 150 fl. aussetzte.

Zur Unterstützung dieses regen Strebens nach wirthschaftlichen Verbesserungen hat denn kürzlich auch das Großh. Ministerium des Innern auf Antrag des Hrn. Landeskommissärs Sachs zur Herstellung einer neuen Straße von Bahl nach Stetten und Herdern den namhaftesten Staatsbeitrag von 2000 fl. bewilligt, welcher Verbindungsweg sowohl zum leichtern Verkehr des Amstortes und seiner Umgebung mit den badischen Orten an der Rheinstraße, sowie auch als Hauptfeldweg der betheiligten Gemartungen, also in doppelter Beziehung zur Förderung der Wohlthat unserer Gegend beitragen wird.

Für den Ausbau des Velchen-Hauses, Aufruf in Nr. 86 der Karlsruher Zeitung, ist bei uns eingegangen von A. J. 1 fl., von K. 1 fl.; zusammen 2 fl.

Zur Empfangnahme weiterer Beiträge sind wir gern bereit.

Karlsruhe, den 19. April 1869.

Erpedition der Karlsruher Zeitung.

Frankfurt, 19. Apr. — Ubr. — Min. Nachm. Deferr. Kreditaktien 289 $\frac{1}{2}$ , Staatsbahn-Aktien 318 $\frac{1}{2}$ , National 55 $\frac{1}{2}$ , Steuerfreie 51 $\frac{1}{2}$ , 1867er Loose 82 $\frac{1}{2}$ , Deferr. Valuta 95 $\frac{1}{2}$ , 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 84 $\frac{1}{2}$ , Gold —.

#### Witterungsbeobachtungen

der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

17. Apr.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himm. met.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 3,6"	+ 7,1	0,81	S. W.	6.	bed. trüb, kühl.
Morg. 2 "	27° 3,2"	+ 10,7	0,49	S. W.	6.	bed. windig, kühl.
Nacht 9 "	27° 3,5"	+ 7,6	0,84	S. W.	gg.	bed. regn., kühl.
18. Apr.						
Morg. 7 Uhr	27° 4,2"	+ 6,6	0,85	S. W.	6.	bed. trüb, kühl.
Morg. 2 "	27° 4,8"	+ 11,0	0,56	S. W.	gg.	bed. " Regen
Nacht 9 "	27° 6,5"	+ 8,4	0,80	S. W.	"	wind., regn., kühl.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 20. Apr. 2. Quartal. 47. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Feuer in der Mädchenschule, Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Dr. Förster. Hierauf: Spielt nicht mit dem Feuer, Lustspiel in 3 Akten, von G. zu Puttlitz, „Marie“ und „Minchen“ — Fräul. Luise Martorel vom Thalia-Theater in Hamburg zur zweiten Gastrolle. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ende gegen 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Donnerstag 22. Apr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil der Pensionsanstalt der Großh. Hofbühne. Die Meisterfinger von Nürnberg, Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr. Ende 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.

#### Theater in Baden.

Mittwoch 21. Apr. Feuer in der Mädchenschule, Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Dr. Förster. Hierauf: Der Störenfried, Lustspiel in 4 Akten, von R. Benedix, „Marie“ und „Alwina“ — Fräul. Martorel vom Thalia-Theater in Hamburg als Gastrolle.



**3.3.156.** Raftatt. Auswärtigen Freunden und Bekannten widmen wir die Nachricht, daß unsere geliebte Tochter und Schwester **Fanny** heute Vormittag um 9 Uhr nach einem langwierigen Krankenlager verschieden ist, und bitten um stille Theilnahme.

Raftatt, den 17. April 1869.  
Die trauernden Eltern und Schwester:  
**Eduard Prinz, Bierbrauer.**  
**Ranette Prinz, geb. Wohlisch.**  
**Hermine Prinz.**

**3.3.167.** Raftatt. Heute Abend fünf Uhr starb dahier nach mehrjährigem Leiden und zehmonatlichem andauerndem Krankenlager der Großh. Militär-oberchirurg **Fritz Mater**. Es bittet um stille Theilnahme.

Raftatt, den 17. April 1869,  
dessen trauernder Bruder:  
**Josef Mater,**  
Pfarrer in Rippenheim.

**3.3.78. Stadt Bühl.**  
**Jahrmachts-Anzeige.**  
In dieser Stadt wird am **Montag den 3. Mai d. J.** der Jahrmacht und **Dienstag den 4. Mai d. J.** der Viehmacht abgehalten.  
Bühl, den 15. April 1869.  
Bürgermeisteramt.  
**Conrad.**

**3.3.152. Nr. 3593. Freiburg.**  
**Bekanntmachung.**  
An der katholischen Mädchenschule der Oberstadt dahier sind zwei Lehrstellen für Lehrerinnen, mit einem jährlichen Gehalt von je 500 fl. bis 600 fl., nebst freier Wohnung zu besetzen.  
Die Bewerberinnen, unter denen solche, welche ihre Befähigung zur Unterrichtstheorie in der französischen und englischen Sprache nachzuweisen vermögen, besonders Berücksichtigung finden, wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse längstens innerhalb 14 Tagen bei uns melden.  
Freiburg, den 17. April 1869.  
Der Gemeinderath.  
**E. d. J. u. L. e.**

**3.3.176.** So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Karlsruhe** durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung:**

**Geschichte des Preussischen Staates und Volkes unter den Hohenzollern'schen Fürsten von Emil von Cosel, Königl. Preuss. Oberstlieutenant.**  
1. Band 496 S. Preis 3 fl. 15 kr. Diese ausführlichste Geschichte des Preussischen Staates wird fünf Bände, in gleichem Preis wie der erste, bei einem Gesamtumfang von 150—160 Bogen umfassen. Das vollständige Werk soll bis Diern 1870 vollendet vorliegen.

Verlag von **Duncker & Humblot** in Leipzig.

**3.3.971. Gernsbach.**  
**Murgthal-Eisenbahn.**  
Die Aktionäre der Murgthal-Eisenbahn-Gesellschaft werden zu der auf **Freitag den 30. dieses Monats, Morgens 9 Uhr**, anberaumten Generalversammlung hiermit eingeladen, wobei dieselben auf die §§ 17, 18 und 21 der Statuten aufmerksam gemacht werden.

Gegenstände der Berathung und Beschlussfassung sind:

1. Mittheilung des Jahresberichts.
2. Vorlage des Betriebsvertrages.
3. Aufbringung des eventuell noch fehlenden Baukapitals.

Gernsbach, den 10. April 1869.  
Für den Verwaltungsrath:  
**A. H. e. l.**

**3.3.337. Neueste Erfindung.**  
Die von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich laut Reskript Nr. 18024 mit einem auschl. Privilegium bevorzugte 1908

**Politur-Composition**

ist äußerst beachtenswerth für **Tischler, Drechsler und Holzarbeiter zum Fertigpoliren von neuen Möbeln** und für **Private** zum Aufpoliren von alten und abgestandenen, oder solchen Möbeln, wo das **Öel** hervortritt. — Durch diese Composition wird das geitraubende und fettige Poliermittel durch Spiritus gänzlich beseitigt. — **Die Anwendung einliger Tropfen in wenig Minuten ein Tisch oder Kasten fertig polirt ist; und kann bei einem mit dieser Composition polirten Gegenstand das Öl nie hervortreten. Alte und abgestandene Möbel können durch einfaches Reiben mittelst eines befeuchteten Leinwandlappens überpolirt werden und erhalten durch diese Composition einen glänzenden Glanz, welcher durch das Poliren mit Spiritus nie erzielt werden kann. — Mit einem Fläschchen dieser Composition kann Jedermann in einigen Stunden eine Zimmerreinigung renoviren. — Daher für jeden Haushalt nützlich.**

Haupt-Versendungs-Depot bei **F. Müller**, in Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse 8, wohin die schriftlichen Aufträge erbeten, und gegen **Einsendung des Betrages** (da bei Versendungen nach dem Auslande Postnachnahme nicht möglich ist) umgehend effectuirt werden.

Preis: 1 Flacon (mit Bezeichnung) 15 Sgr. — 1 Duzend Flacons 4 1/2 Thlr.

**Weniger wie 2 Flacons können nicht versendet werden.**

**Avviso!!** Da bei richtiger Anwendung dieser Composition solche Vortheile erzielt werden, daß die bis jetzt übliche Art des Polirens bald ganz dieser neuen practischen und billigen Erfindung weichen muß, so ersucht man das P. T. Publikum, sich durch einen Probeversuch davon zu überzeugen, und weist auf die zeitweise in diesen Blättern veröffentlichten Zeugnisse und Belobungen hin. Niederlagen werden überall errichtet, in Karlsruhe bei **Th. Brugier**, Kronenstraße 19.

**International-Lehrinstitut.**  
Erziehungs-Anstalt mit Unterricht in allen Fächern: 1°. Gründliche Erlernung der lebenden Sprachen, **deutsch, französisch und englisch**, mit oder ohne **Latin.** — 2°. **Handelschule**, doppelte Buchhaltung, Correspondenz in den drei Sprachen, etc. — 3°. **Beständige Vorbereitung** für den **einjährigen Militärdienst** (von ihren 24 Candidaten haben schon 22 dieses Examen in Karlsruhe und Speyer bestanden), **Porteepfeindliche**, das **Polytechnikum**, die **Post**, etc. — **Pensionat** mit strenger Disciplin. — Näheres bei der Direction in **Bruchsal** (Baden). Z.v.710.

**3.3.177. St. Ingbert.**  
**Steindruckergesuch.**  
Ein tüchtiger und solider Steindrucker (nur ein solcher) findet in der Buch- und Steindruckerei von **J. A. Demetz** in St. Ingbert sofort Anstellung; — 8 bis 8 1/2 Gulden Wochenlohn nebst häuslicher Kost werden garantiert.

**Nur für Herren!**  
Gegen Franco-Einsendung von 2 Thlr. versendet **Karl Glaeser** in Leipzig 5 Werke in 7 Bänden höchst pikante Unterhaltungsliteratur mit Bildern versehen.  
3.3.164.

**3.3.217. Nr. 987. Freiburg.**  
**Strafrechtspflege.**  
Kadung und Forderung.  
In Anklagesachen gegen **Gabriel Kesselhaus** von Kappelwiesloch wegen Betrugs.  
Wird Tagfahrt zur freisgerichtlichen Hauptverhandlung auf **Mittwoch den 12. Mai d. J.** Vormittags 10 Uhr, angeordnet, und wird hiezu der Angeklagte **Gabriel Kesselhaus** mit dem Ansehen vorgeladen, daß die Verhandlung und Aburtheilung stattfinden wird, er mag erscheinen oder nicht.  
Dies wird dem ständigen Angeklagten mit dem An-

# Spanische Staatsschuld. Anleihe

**3.3.174.**  
von **50 Millionen Piaster.**  
In Rentenscheinen der consolidirten Rente, 3% Ausländischen oder Inländischen Rente. Nach Belieben der Subscribenten.

Die öffentliche Subscription dieser von den Cortes am 31. März d. J. bewilligten Anleihe wird unter folgenden Bedingungen eröffnet:

**Wahl für die Subscribenten.** Dem Publikum steht im Augenblicke der Subscription die Wahl frei zwischen der consolidirten inländischen Rente 3% und der consolidirten ausländischen Rente 3%, beide mit Zinsen vom 31. Dezember 1868 an.

**Einslösung der Coupons.** Die halbjährigen Coupons sind am 30. Juni und 31. Dezember jeden Jahres fällig, und werden in Piastern in Paris und London gezahlt im selben Verhältnisse von Fr. 5.40 für den Piaster in Paris und 51 Pence in London.

**Emissionspreis.** Der Preis der Emission beträgt: 26 1/2 % für die Inländische Rente vom 31. Dez. 1868 und 29 1/2 % für die Ausländische Rente vom 31. Dez. 1868.

b. h. für 265 Piaster erhält man eine jährliche Rente von 30 Piaster (Inländische) und für 295 Piaster eine Rente von 30 Piaster (Ausländische).

Es werden nur Subscriptionen von 30 Piaster oder Multiplicatoren von 30 Piaster angenommen.

**Wechsel.** Der Preis der Emission ist in Franken zu erlegen, im Verhältnisse von 5.40 für einen Piaster, was eigentlich das feste gebräuchliche Verhältniß an der Pariser Börse bei Umsätzen von spanischen Fonds ist.

**Einzahlungen.** Einzahlungen geschehen wie folgt:

Für je 30 Piaster Inländische	3% beim Subscribiren, resp.	30	Piaster zu 5.40 Fr.	162
	7% bei der Repartition, resp.	70		378
	8 1/2% am 25. Mai, resp.	85		459
	8 1/2% am 25. Juni, resp.	85		459
	26 1/2%	267 1/2	Piaster zu 5.40 Fr.	1444.50
Für je 30 Piaster Ausländische	3% beim Subscribiren, resp.	30	Piaster zu 5.40 Fr.	162
	7% bei der Repartition, resp.	70		378
	6% am 25. Mai, resp.	60		324
	8 1/2% am 30. Juni, resp.	85		459
	4 1/2% am 1. August, resp.	47 1/2		256.50
	29 1/2%	292 1/2	Piaster zu 5.40 Fr.	1579.50

(\*) Diese Einzahlung wird durch den fälligen Coupon von 1 1/2% resp. 15 Piaster oder 81 Franken auf Fr. 378 reducirt.

**Inhaberscheine.** Die Interimsinhaberscheine werden von den Subscribenten im Augenblicke der Repartition bezogen.

**Disconto.** Nach geschehener Repartition wird den Subscribenten, welche die nicht fälligen Termine vorausbezahlen, ein Disconto von 5% pro Jahr zu Gute gerechnet.

**Verzinsungsansichten.** Verzinstete Einzahlungen sind einem nach dem Zinse der Rentenscheine berechneten Zinse unterworfen.

**Tag der Subscription.** Die Subscription wird am **Donnerstag 22. April** in Paris, London, Madrid, Amsterdam, Hamburg, Frankfurt, Brüssel und Antwerpen eröffnet, und wird überall den nächsten Tag 23. April, Abends, geschlossen.

Man subscribirt:

- in Paris an der **Banque de Paris** (anonyme Gesellschaft, Kapital 25 Millionen) 11 bis, rue St. August.
- in Frankfurt a. M. bei den Herren **Gebrüder Sulzbach**;
- in Berlin bei den Herren **Müller & Cie.**;
- in Hamburg bei den Herren **Frege & Cie.**;
- in Amsterdam bei den Herren **Thyssen, Rosenthal & Cie., Wertheim & Gumpert.**

Einzahlungen oder einzuschließen an die **Banque de Paris:**

- 162 Fr. für 30 Piaster Rente,
- 324 Fr. für 60 Piaster Rente,
- 486 Fr. für 90 Piaster Rente,
- 648 Fr. für 120 Piaster Rente und so weiter.

NB. Man beliebe anzugeben, ob man Inländische oder Ausländische Rente zu nehmen wünscht.

**3.3.179. Neuenburg bei Forzheim.**  
**Druckergesuch.**  
Ein gewandter, solider Drucker findet sofortige Kon- dition in der Buchdruckerei von **Jak. Wech.**

**MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.**

**Keine grauen Haare mehr!**  
**Melanogène**  
von **Diouemare aîné** in Rouen.  
Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.

Gen.-Depot bei **Fr. Wolf & Sohn**, Hoflieferanten in Karlsruhe. 3.1.729.

**3.3.168. Glashütte Nordrach.**  
**Feuerfeste Backsteine**  
von feinsten Schweißer- und Klingelbergererde, per 100 zu 4 fl. 30 kr. franco Biberach.

**Feuerfeste Gewölbsteine** 6 fl. franco Biberach, sind fortwährend zu haben auf der **Glashütte Nordrach.**

**3.3.175a. Wühlburg.**  
**Maßvieh-Versteigerung.**  
künftigen Donnerstag den 22. April, Nachmittags 2 Uhr, versteigern wir **6 feste Kühe.** Freierlich von Selbened'sche Gutverwaltung.

**3.3.217. Nr. 987. Freiburg.**  
**Strafrechtspflege.**  
Kadung und Forderung.  
In Anklagesachen gegen **Gabriel Kesselhaus** von Kappelwiesloch wegen Betrugs.  
Wird Tagfahrt zur freisgerichtlichen Hauptverhandlung auf **Mittwoch den 12. Mai d. J.** Vormittags 10 Uhr, angeordnet, und wird hiezu der Angeklagte **Gabriel Kesselhaus** mit dem Ansehen vorgeladen, daß die Verhandlung und Aburtheilung stattfinden wird, er mag erscheinen oder nicht.  
Dies wird dem ständigen Angeklagten mit dem An-

**Bermischte Bekanntmachungen.**  
**3.3.150. Karlsruhe.**  
**Bekanntmachung.**  
Vom 20. d. Mts. an werden die medienburgischen Stationen Hofhof, Gilstrow, Bismar und Scherwin als Verbandsstationen für den bierischen Güterverkehr des westbaltischen Eisenbahnverbandes aufgenommen. Von dem in Folge dessen zur Ausgabe kommenden Karte sind einzelne Exemplare bei den diesseitigen Güterexpeditionen unentgeltlich zu erhalten.  
Karlsruhe, den 17. April 1869.  
Direktion der Großh. Verkehrs-Anstalten.  
**J. Zimmer.**

**3.3.148. Nr. 2607. Karlsruhe.**  
**Verkauf von altem Glas.**  
Es sollen etwa 35 Ctr. altes Tafelglas an den Restbeständen verkauft werden. Schriftliche Angebote hierauf werden bis einschließlich Samstag den 24. d. M. von unterzeichneter Stelle entgegen genommen.  
Karlsruhe, den 17. April 1869.  
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.  
**Meißlinger.**

**3.3.162. Adelsheim.**  
**Steigerungs-Ankündigung.**  
In Folge richtiger Verfügung werden der Inspektor **Schumann** Witwe in Rosenberg Freitag den 14. Mai 1869, Vormittags 9 Uhr, im Rathhause zu Herberden nachverzeichnete, auf der Gemarkung Herberden gelegene Liegenschaften öffentlich versteigert und entgeltlich zugeschlagen, wenn der Schätzpreis oder darüber geboten wird.  
Beschreibung der Liegenschaften:

1. Viertel 44 Acker 45 1/2 Busch Wiesen im Ries, in 3 Stücken, neben verschiedenen Nebenliegen 217 fl. Adelsheim, den 18. April 1869.  
Der Vollstreckungsbeamte:  
**Herberig.**

**3.3.174. Karlsruhe.** (Offene Gehilfenstelle.) Unsere erste Gehilfenstelle ist erledigt und soll mit einem Kameralpraktikanten oder Kameralassistenten, der im Domänenrechnungswesen eingearbeitet ist, wieder besetzt werden. Die Herren Bewerber wollen sich bei dem Dienstvorspanne melden.  
Karlsruhe, den 19. April 1869.  
Großh. Domänenverwaltung.